Geheimdienste

## Ärger über BND-Chef

In der Bundesregierung gibt es Verstimmung über Bruno Kahl, den Präsidenten des Bundesnachrichtendienstes (BND). Kahl hatte auf einer Veranstaltung der CSU-nahen Hanns-Seidl-Stiftung über die machtpolitischen Ambitionen Russlands gesprochen und der anschließenden Fragerunde gesagt, „bei der Krim brauchen wir uns keine Hoffnungen zu machen“. Vor allem an diesem Satz entzündet sich die Kritik: Die Regierung vertritt die Position, dass die Annexion der Krim durch Russland völkerrechtswidrig sei und revidiert werden müsse. Der Termin der Rede war mit dem Kanzleramt abgestimmt, nicht aber ihr Inhalt. Der BND teilte mit, die Präsidenten der Sicherheitsbehörden äußerten sich grundsätzlich in eigener Zuständigkeit. Kahl habe in der Rede auch ausgeführt, dass es wichtig sei, enge Bande zu Russland zu knüpfen. red



WERNER SCHÜRING

Kahl

Verkehr

## Stromnetz stark genug für E-Autos

Die deutschen Energieerzeuger sehen in mehr Elektroautos auf den Straßen kein Problem für die Stromversorgung in Deutschland. „Die öffentliche Ladeinfrastruktur in Deutschland ist bereit für einen signifikanten Zuwachs von elektrischen Fahrzeugen in den kommenden Jahren“, schreibt Stefan Kapferer, der Vorsitzende der Geschäftsführung des Bundesverbands der deutschen Energie- und Wasserwirtschaft, an die EU-Kommission.

Darin fordert er sie auf, ambitionierte Ziele für den künftigen Anteil von Elektroautos zu verkünden, damit seine Branche Planungssicherheit beim Aufbau der Ladesäulen bekomme. Der Energielobbyist widerspricht damit Warnungen, dass ein Ausbau der Elektromobilität ein Problem für die Versorgungssicherheit sein könnte. gt

Kriminalität

## Mehr Cyberfahnder

Die Gießener Zentralstelle zur Bekämpfung der Internetkriminalität (Zit) soll ihr Personal im nächsten Jahr verdoppeln und auch für Terrorermittlungen eingesetzt werden. Das teilte der Leiter der Einheit, Andreas May, auf einer Tagung des Bundeskriminalamts mit. Statt bisher sieben arbeiten künftig zwölf Staatsanwälte und zwei Informatiker als Cyberanalysten für die Behörde. Die Zit spielt bei Ermittlungen zur Kinderpornografie eine führende Rolle. Zuletzt hatte sie in einer ungewöhnlichen Öffentlichkeitsfahndung erfolgreich nach einem Täter gesucht, der ein vierjähriges Mädchen missbraucht und Videos von der Tat gemacht hatte. Auch den Händler, der eine Waffe an den Attentäter vom Münchner Olympia-Einkaufszentrum verkauft hatte, spürten die Ermittler auf.

Nach Meinung Mays muss die Justiz mehr Spezialkammern für Cyberkriminalität einrichten. Bislang gebe es nur eine am Landgericht Köln. Zudem solle die Ausbildung der Polizei modernisiert werden. Jeder angehende Kriminalbeamte lerne, eine Fußabdruckspur zu sichern, sagte der Oberstaatsanwalt. „Aber eine Datenspur können die wenigsten sichern.“ kno

Flughäfen

## Millionengrab Kassel

Der umstrittene Regionalflughafen Kassel-Calden wird die Steuerzahler bis 2024 mehr als 326 Millionen Euro kosten. Das ergibt sich aus einem vertraulichen Prüfbericht des Hessischen Rechnungshofs. Die Prüfer werfen der Landesregierung Hessens vor, mit dem Flughafen trotz hoher Subventionen kaum volkswirtschaftliche Effekte zu erzielen. Schon der Bau des 2013 eröffneten Airports war mit über 270 Millionen Euro etwa dreimal teurer als geplant. Die Passagierzahlen blieben mit knapp 65 000 (im Jahr 2015) und 55 000 (2016) weit hinter den Erwartungen zurück. Auch neues Gewerbe habe sich kaum angesiedelt. Selbst nach den Businessplänen des Flughafenbetreibers werde über 2024 hinaus „ein strukturelles Defizit für das Land von rund 5 Millionen Euro jährlich“ bleiben, so der Rechnungshof.

Der frühere hessische Ministerpräsident Roland Koch (CDU) hatte den Flughafen zum „Leuchtturmprojekt“ für Nordhessen erklärt, obwohl es im näheren Umkreis bereits Regionalflughäfen gibt. Die Prüfer kommen zu dem Schluss, dass „die umfangreichen finanziellen Mittel im Rahmen anderer Maßnahmen wirkungsvoller für die Förderung Nordhessens eingesetzt werden könnten. Die Kosten sind im Verhältnis zum erwarteten Nutzen nicht angemessen“. Eine Alternative wäre laut Rechnungshof, den Flughafen zum „Verkehrslandeplatz“ herabzustufen. mab




SWEN PFÖRTNER / PICTURE ALLIANCE / DPA

Kassel Airport in Calden

Rente

## Westfrauen im Nachteil

Seniorinnen aus den alten Bundesländern müssen mit vergleichsweise bescheidenen Rentenbezügen auskommen. Im Durchschnitt erhalten sie eine gesetzliche Altersversorgung von 618 Euro, wie aus dem noch unveröffentlichten Rentenversicherungsbericht der Bundesregierung hervorgeht. In den neuen Bundesländern liegt die Durchschnittsrente für Frauen bei monatlich 882 Euro (Stichtag: 31.12.2016).

Der Unterschied geht vor allem auf die längere und oft ununterbrochene Berufstätigkeit auch von Müttern in Ostdeutschland zurück: Sie haben durchschnittlich 41 Versicherungsjahre gesammelt, bei Westfrauen sind es nur 27,6 Jahre. Insgesamt jedoch sind Frauen bei der gesetzlichen Rente klar im Nachteil. Männer in den alten Ländern können im Schnitt mit einer Überweisung von 1131 Euro rechnen, ihre Altersgenossen im Osten immerhin mit 1116 Euro. Das Bundeskabinett will am Mittwoch über den Bericht beraten. cos